

Postunternehmen

Kein Tarifvertrag für Staatsarbeiter?

Durch die Einführung des Einheitsstatuts ist die Unterscheidung zwischen Arbeiter und Angestellten aufgehoben worden. Änderungen hat das auch für das Postunternehmen gebracht, was auch eine Novellierung des Postgesetzes erfordert.

Mit Erstaunen müsse das Syndikat öffentliche Dienste des OGB-L feststellen, dass ganz nebenbei der Staatsarbeiterkollektivvertrag bei der EPT abgeschafft sei, heißt es in einer Mitteilung.

Der bestehende Staatsarbeiterkollektivvertrag regle nur die Belange der ehemaligen Staatsarbeiter. Um neue Einstellungen und die Regelung aller Arbeitsverhältnisse bei der Post zu ermöglichen, bedürfe es eines neuen einheitlichen Kollektivvertrags.

Auf Kosten des Personals

Stutzig habe die Aussage in der Begründung zum Gesetzesentwurf gemacht, die Abschaffung des Staatsarbeiterkollektivvertrags solle der EPT ermöglichen, sich der geplanten Liberalisierung und Konkurrenz im Postsektor anpassen zu können. „Der EPT soll auf diesem Weg Chancengleichheit gegenüber ihren Konkurrenten durch eine gesteigerte Flexibilität in der Personal- und Tarifpolitik zugesichert werden“, so die Gewerkschaft.

Man sei zu Diskussionen bereit, lehne es aber vehement ab, „die in vielen Jahren verhandelten Errungenschaften auf dem Altar der Liberalisierung zu opfern.“

Der OGB-L fordert einen sektoriellen Kollektivvertrag, der gleiche Regeln für die Lohn- und Arbeitsbedingungen aller im Postsektor tätigen Arbeitnehmer festsetzt.“



Neue Internetseite www.fraiheet.lu

Kirchenaustritt leicht gemacht



Foto: Isabella Finzi

Manuel Huss, Patrick Brücher und Jérôme Faber (v.l.) stellten gestern im „CarréRotondes“ in Hollerich die Internetseite www.fraiheet.lu vor. Sie liefert die Gebrauchsanweisung, um sich beim Pfarrer abzumelden.

Lucien Montebrusco

Eine Gebrauchsanleitung, um aus der katholischen Kirche auszutreten, liefert seit einer Woche die Internetseite www.fraiheet.lu. Rund 200 Personen haben bisher einen entsprechenden Antrag gestellt.

Die meisten Luxemburger wurden im zarten Kindesalter in die Kirche aufgenommen. Ohne gefragt worden zu sein. Dieses Unrecht kann nun beseitigt werden. Wer nicht mehr unfreiwillig Mitglied der katholischen Kirche sein will, kann sich nun problemlos abmelden. Die Internetseite www.fraiheet.lu bietet jedem Interessenten ein entsprechendes Antragsformular an.

Auf dem Vordruck gibt der Interessierte seinen Namen und falls bekannt den Namen der Pfarrei an, in der er getauft worden ist. Das Schreiben schickt er dann an „Liberté de conscience“. Sie wird das Schreiben an die kirchlichen Behörden weiterlei-

ten. 200 Anträge seien seit der Freischaltung der Internetseite vor knapp einer Woche eingegangen, sagte gestern Jérôme Faber von „Liberté de conscience“. Die Libco betreibt zusammen mit sokrates.lu die Seite.

FRAIHEET.LU INITIATOREN

o **Libco** Die „Liberté de conscience asbl.“ wurde 1989 gegründet. Sie plädiert für die „politische, finanzielle, mediale und pädagogische Trennung von Kirche und Staat“.

o **Sokrates.lu** ist ein von Studenten gegründetes Internet-Forum. Diskutiert werden vor allem gesellschaftspolitische Themen. Bekannt wurde das Portal durch seine Unterschriftenaktion für die Depenalisierung der Sterbehilfe.

Leicht haben es sich die Initiatoren nicht in billigen Antiklerikalismus. Die Seite bietet Informationen an, welche Folgen der Kirchenaustritt haben kann, ob man etwa weiterhin an kirchlichen Zeremonien teilnehmen darf. Persönlichkeiten erklären, warum sie sich für den Austritt aus der Kirche entschieden haben.

Die Seite sei als Dienstleistung an Austrittswillige zu verstehen, betonte Patrick Brücher, Webdesigner von fraiheet.lu.

Viele Personen dächten seit Jahren schon an einen Austritt, hätten jedoch wegen vermeintlicher administrativer Hürden immer wieder darauf verzichtet, so Faber. Die Internet-Seite soll den entscheidenden Schritt erleichtern.

Bekommt die Kirche den Austrittsantrag, muss sie den Namen der Person aus dem Taufregister entfernen. Das hat mehr als bloß symbolischen Charakter. Bei den Angaben über die Religionszugehörigkeit der Luxemburger wird sich in der Regel auf die Taufre-

gister berufen. Ihnen zufolge wären 80 Prozent der Luxemburger Katholiken.

Das sicherte der Kirche bisher viele Privilegien, sagt Manuel Huss von sokrates.lu. Würden alle aus der Kirche austreten, die heute nicht mehr Mitglied sein wollen, würde sich schon eine realistischere Rate ergeben. Dies sei Voraussetzung, um ein gerechteres Verhältnis zwischen Kirche und Staat durchzusetzen, so Huss.

Ob ihr Name tatsächlich aus dem Taufregister gestrichen wird, diese Garantie kann fraiheet.lu den Interessierten freilich nicht geben.

Nicht immer würde die Kirche den Antragstellern eine schriftliche Bestätigung zuschicken, so Faber. Überhaupt herrsche in Sachen Taufregister wenig Transparenz.

Einzelne Personen sollen in der Vergangenheit erfolglos mehrere Anträge gestellt haben.

INTERNET www.fraiheet.lu

Dreitägiges Kolloquium über die Gleichbehandlung

Die Gleichheit ist noch nicht die Regel geworden

Die Universität Luxemburg und das Gleichstellungszentrum organisieren vom 19. bis zum 21. Februar in der Abtei Neumünster ein Kolloquium über die Gleichbehandlung.

Lukas K. Sosoe, Professor der Universität Luxemburg und Initiator der Fachtagung, gab einen geschichtlichen Überblick über die Gleichstellung, angefangen bei den antiken Gesellschaftsformen, wo die Hierarchie durch eine kosmische Ordnung erklärt wurde, bis hin zu der modernen Demokratie, wo trotz vieler Verbesserungen immer noch Ungleichheiten existieren.

Darwin hat, ohne es zu wissen und zu wollen, die Ungleichstellung gefördert. Seine Theorie, dass nur der Stärkere überlebt, stelle leider die Basis vieler grausamer Diskriminierungen (Kolonialismus, Rassen- und Juden-

Gott wegen seiner außergewöhnlichen Fähigkeiten gewählten Adels usw.) dar, so Sosoe. Viele Diskriminierungen werden auch durch den Staat gefördert, wie zum Beispiel die unterschiedli-



Foto: Alain Rischard

Lukas K. Sosoe

che Besteuerung, diverse gesellschaftliche Ränge). Er erinnert daran, dass die Gerechtigkeit und die Gleichbehandlung eng miteinander verbunden sein müssen. Aber die modernen Gesellschaften geben oft anderen Werten den Vorrang, wie die menschliche Ehre, die Gesetzestreue oder die Grundrechte.

Michel Margue, Dekan der Fakultät für Sprach-, Geistes- und Erziehungswissenschaften der Universität Luxemburg betonte, dass in Krisenzeiten die Ungerechtigkeiten zunehmen. Die Gesellschaftswissenschaften hätten jedoch Probleme, das Ausmaß der Ungleichheit zu bestimmen. An der Universität wurde deshalb eine Forschungseinheit gebildet, die sich mit Gleichstellungsfragen befasst. Die Gründung von immer mehr Gleichstellungsorganisationen sei ein Zeichen, dass noch nicht alle Menschen gleich behandelt würden.

Familienministerin Marie-Josée Jacobs begrüßte das Zustandekommen einer Umfrage über die Gleichstellung durch das Gleichstellungszentrum. Sie kündigte

die Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplanes für Gleichstellung an.

Das Symposium dauert bis Samstag. rh

Gleichstellungszentrum

- **Gründung:** 2006
- **Personal:** Ein Kollegium von fünf Personen und zwei administrative Mitarbeiter.
- **Mission:** Kampf gegen die Diskriminierung (Geschlecht, sexuelle Orientierung, Religion, Rasse, Behinderung, Alter, Überzeugungen).
- **Mittel:** Das Zentrum, das dem Gleichstellungsministerium unterstellt ist, verfasst Berichte, Gutachten und for-

muliert Empfehlungen. Es berät die Opfer von Diskriminierungen. 2008 behandelte man 30 Dossiers.

- **Problem:** „Begrenzte Möglichkeiten“ (Patrick De Rond, Verantwortlicher des Zentrums). Kein klares Statut, kein Recht, gerichtliche Schritte zu unternehmen oder zu recherchieren.

* Tel.: 26 48 30 33, info@egalitetaitement.lu